

## **Blutige Willkommenskultur**

**Der Fall Susanna F.: Ohne Merkels Grenzöffnung würde die 14jährige noch Leben**

**Michael Paulwitz**

Dieser Mord hat den Geduldsfaden der Deutschen zerrissen. Susanna F., 14 Jahre alt, mißhandelt, vergewaltigt und ermordet von einem illegal ins Land gekommenen und längst abgelehnten Asylbewerber aus dem Irak, gibt dem millionenfachen Unrecht der Merkel-Politik der offenen Grenzen ein blutiges Gesicht, das jedem einzelnen unbarmherzig vor Augen führt: Bamf-Skandal und Masseneinwanderung sind keine abstrakten Angelegenheiten aus dem fernen Berlin, die Folgen können jeden treffen, jederzeit – Ihre Tochter könnte die nächste sein.

Die „Willkommenskultur“ der Kanzlerin hat eine lange Blutspur durch Deutschland gezogen: Maria aus Freiburg, Mia aus Kandel, Mireille aus Flensburg, jetzt Susanna und viele, viele mehr. Die Täter: angebliche „Flüchtlinge“ aus fremden, gewaltgeprägten und frauenverachtenden Kulturen, die im Zuge des von der Kanzlerin angeordneten Kontrollverlusts in dieses Land gekommen sind und auf unsere Kosten hier leben. Die Opfer: junge Mädchen und Frauen, denen das politisch erwünschte und gesellschaftlich antrainierte arglose Zugehen auf die Merkel-Gäste zum Verhängnis geworden ist.

Hinzu kommen zahllose andere, die überfallen, verletzt, belästigt, vergewaltigt worden sind. Die traumatisiert sind oder sich nicht mehr auf die Straße wagen, weil das vertraute Umfeld, die Heimat, sich binnen kürzester Zeit dramatisch verändert hat. Auch nach dem Mord an Susanna reißen die Gewalttaten nicht ab. Bereits wenige Tage danach wird in Freiburg wieder eine junge Frau von einem syrischen „Flüchtling“ im Park vergewaltigt.

Im Fall der ermordeten Susanna aber konzentriert sich alles, was in Deutschland falsch läuft seit der unheilvollen Entscheidung der Kanzlerin, die Kontrolle über die Landesgrenzen und den Zuzug nach Deutschland einfach aufzugeben. Der inzwischen geständige Mörder kam im Zuge der regellosen Asylwelle im Herbst 2015 ins Land, sein Asylantrag wurde abgelehnt, und trotzdem konnte er mit Hilfe eines Asylanwalts bleiben. Er kam, wie seine Eltern und fünf Geschwister, unter falschem Namen. Er wurde mehrfach straffällig und polizeiauffällig, geriet sogar einige Wochen vor der Tat schon einmal unter Verdacht, ein minderjähriges Mädchen vergewaltigt zu haben. Trotzdem ist ihm nie etwas geschehen, er durfte frei herumlaufen, und trotz einschlägiger Hinweise nahm die Polizei auch nach dem Verschwinden Susannas die Spur nicht auf. Die gesamte Familie konnte, offenbar unter ihrem richtigen Namen und, obwohl sie Sozialleistungen bezog, mit reichlich Bargeld unbehelligt das Land verlassen und vor der Strafverfolgung dorthin „flüchten“, woher sie angeblich „geflüchtet“ war.

Der Täter wurde zurückgeholt, nicht aufgrund eines Auslieferungsbegehrens, sondern weil die irakisch-kurdischen Behörden ihn ihrerseits nach Deutschland abgeschoben haben, das an seiner Abschiebung mehrfach gescheitert war und wo er mit einer mildereren Strafe als in seiner Heimat rechnen kann. Die Geschichte des „Ali Bashar“ liest sich wie eine Groteske aus dem

Tollhaus, als das sich Deutschland im Jahre drei nach dem Merkelschen „Willkommensputsch“ der Welt präsentiert.

Das multiple Bamf-, Behörden- und Politikversagen, der ganze gewollte Kontrollverlust erscheint im Lichte dieses konkreten Falles als Freibrief für Straftäter, Mörder und Vergewaltiger. Vor diesem Hintergrund fielen die Reaktionen heftiger aus als nach früheren Willkommens-Morden. „Opfer der Toleranz“ war auf dem improvisierten Holzkreuz einer spontan eingerichteten Gedenkstätte zu lesen, bevor das Schild für spätere Pressefotos einfach umgedreht wurde. In ihrer Heimatstadt Mainz, aber auch in Berlin, wo die AfD Mahnwachen vor den Bezirksrathäusern organisierte und der zweite „Frauenmarsch“ diesmal nicht von Linksextremisten blockiert wurde, treibt Susannas Schicksal Bürger auf die Straße.

Auch Kommentare in etablierten Medien nannten auf einmal die Verantwortung von Kanzlerin und Bundesregierung für dieses und andere Verbrechen klar beim Namen – ein Verdikt, das noch vor kurzem umstandslos unter „Rechtsradikalismus“-Verdacht gestellt worden wäre. In den sozialen Medien wird der Mord an Susanna mit einer Vehemenz diskutiert wie kaum ein anderes Thema. Nicht nur die AfD-Opposition, auch unabhängige Persönlichkeiten wie Hamed Abdel-Samad fordern unumwunden den Rücktritt der Kanzlerin.

Die aber hält stur an der Grenzöffnung fest. Damit ist sie nicht nur in Europa isoliert. Auch Horst Seehofer nimmt noch einmal einen Anlauf, den Rechtsbruch zu beenden und Migranten wieder an den Grenzen abzuweisen. Wie immer die Konfrontation zwischen Kanzlerin und Bundesinnenminister ausgehen mag: Die Politik der offenen Grenzen ist delegitimiert.

Es sind die unbarmherzigen Fakten, die die Verteidiger dieser Politik zu immer groteskeren Verrenkungen treiben – sei es die Kanzlerin, die als Konsequenz aus dem Susanna-Mord mahnt, „wir alle“ müßten uns an Recht und Gesetz halten, sei es die grüne Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth, die sich über eine von der AfD initiierte „Schweigeminute“ im Bundestag echauffiert, sei es eine CDU-Provinzpolitikerin, die das Märchen, „Flüchtlinge“ seien nicht krimineller als der Durchschnitt, bis zu der verächtlichen Aussage treibt, das Mädchen hätte ja auch durch einen Unfall zu Tode kommen können.

Wie immer man es dreht und wendet: Hätte Merkel nicht die Schleusen aufgerissen, wären Susanna und viele andere noch am Leben, hätten zahllose Messerangriffe und Vergewaltigungen nicht stattgefunden. Je länger es dauert, bis diese Politik beendet wird, desto länger wird die Liste der Opfer werden.